Bekanntmachung

Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG); Planfeststellungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ersatzneubau der Brücke der Kreisstraße N 4 (Frankenschnellweg) über den Main-Donau-Kanal und die Südwesttangente im Bereich des Kreuzes Nürnberg-Hafen im Gebiet der Stadt Nürnberg

Die Stadt Nürnberg, Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg, hat für das im Betreff genannte Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens beantragt. Für das Vorhaben wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung hat Stadt Nürnberg insbesondere folgende Unterlagen vorgelegt:

- Erläuterungsbericht
- Übersichtskarte
- Übersichtslagepläne
- Lagepläne
- Höhenpläne
- Lageplan Entwässerungsmaßnahmen
- Landschaftspflegerische Maßnahmenpläne
- Unterlage mit landschaftspflegerischen Maßnahmenblättern
- Tabellarische Gegenüberstellung von Eingriff und Kompensation
- Grunderwerbsplan
- Grunderwerbsverzeichnis
- Regelungsverzeichnis
- Planblätter mit Regelquerschnitten
- Planblatt mit Ansicht, Draufsicht und Schnitten
- Lageplan mit Sparten
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 1: Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Erläuterungsbericht zur schallimmissionsschutztechnischen Untersuchung
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 1: Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Vergleichsberechnungen RLS-90 zu RLS-19 Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 1: Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Emissionsberechnung Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 1: Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Schalltechnische Berechnungen Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 1: Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Planunterlagen Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 2: außerhalb Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Erläuterungsbericht zur schallimmissionsschutztechnischen Untersuchung
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 2: außerhalb Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Vergleichsberechnungen RLS-90 zu RLS-19 außerhalb Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 2: außerhalb Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Emissionsberechnung außerhalb Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 2: außerhalb Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Schalltechnische Berechnungen außerhalb Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 2: außerhalb Baubereich Brücke Frankenschnellweg, Planunterlagen außerhalb Baubereich
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 3: bauzeitlicher Verkehr auf Ersatzrouten, Erläuterungsbericht zur schallimmissionsschutztechnischen Untersuchung
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 3: bauzeitlicher Verkehr auf Ersatzrouten, Vergleichsberechnungen RLS-90 zu RLS-19 bauzeitlicher Verkehr
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 3: bauzeitlicher Verkehr auf Ersatzrouten, Emissionsberechnung bauzeitlicher Verkehr

- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 3: bauzeitlicher Verkehr auf Ersatzrouten, Schalltechnische Berechnungen bauzeitlicher Verkehr
- Lärmtechnische Untersuchungen, Teil 3: bauzeitlicher Verkehr auf Ersatzrouten, Planunterlagen bauzeitlicher Verkehr
- Immissionstechnische Untersuchungen – Erläuterungen zu den Luftschadstoffen, Teil 1: Luftschadstoffgutachten nach Verwirklichung des Vorhabens
- Immissionstechnische Untersuchungen – Erläuterungen zu den Luftschadstoffen, Teil 2: Auswirkungen der Verdrängungsverkehre auf die Luftschadstoffbelastung
- Wassertechnische Untersuchungen – Erläuterungen – samt zugehöriger Berechnungsunterlagen
- Lageplan Einzugsflächen
- Schnitte Entwässerung Rampen
- Längsschnitt Entwässerung Rigole Nord
- Längsschnitt Entwässerung Brücke Nord
- Längsschnitt Entwässerung Süd
- Textteil zum landschaftspflegerischen Begleitplan
- Landschaftspflegerische Bestands- und Konfliktpläne
- Naturschutzfachliche Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)
- Kartierbericht Fauna/Flora
- UVP-Bericht
- Plan „Bestand und Bewertung – Biotop- und Nutzungstypen“
- Plan „Bestand und Bewertung – Schutzgut Menschen, kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter“
- Plan „Bestand und Bewertung – Schutzgut Tiere und Pflanzen“
- Plan „Bestand und Bewertung – Schutzgut Boden und Fläche“
- Plan „Bestand und Bewertung – Schutzgut Wasser, Luft“
- Plan „Bestand und Bewertung – Schutzgut Klima“
- Plan „Bestand und Bewertung – Schutzgut Landschaftsbild“
- Plan „Auswirkungen – Schutzgut Menschen, kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter“
- Plan „Auswirkungen – Schutzgut Tiere und Pflanzen“
- Plan „Auswirkungen – Schutzgut Boden und Fläche“
- Plan „Auswirkungen – Schutzgut Wasser“
- Plan „Auswirkungen – Schutzgut Klima/Luft“
- Plan „Auswirkungen – Schutzgut Landschaft“
- Verkehrsgutachten

Gegenstand des Vorhabens ist der Ersatzneubau der Brücke der Kreisstraße N 4 (Frankenschnellweg) über die Bundeswasserstraße Main-Donau-Kanal und die Südwesttangente im Bereich des Kreuzes Nürnberg-Hafen. Das neue Brückenbauwerk ist an Ort und Stelle des existierenden Bauwerks und wie dieses mit zwei getrennten Überbauten geplant. Die Gesamtstützweite des neuen Brückenbauwerks beträgt 320 m. Im Zuge des Vorhabens werden auch drei Rampen im Bereich bzw. unmittelbarer Nähe des Brückenbauwerks erneuert, die die N 4 mit der Südwesttangente verbinden. Die betroffene Rampe West (Fahrbeziehung Fürth – Nürnberg-Hafen) wird zurückgebaut und nahezu in bestehender Lage neu errichtet. Die Rampen Ost (Fahrbeziehung Fürth – Nürnberg-Innenstadt) und Nordost (Fahrbeziehung Nürnberg-Hafen – Fürth) werden ebenso zurückgebaut und ersetzt, wobei sich der Verlauf dieser Rampen gegenüber dem heutigen Zustand in gewissem Maß verändert.

Die N 4 wird im Zuge des Vorhabens auf einer Länge von ca. 850 m baulich umgestaltet, wobei ihre Lage nicht verändert wird. Der insoweit betroffene Bereich beginnt ca. 250 m südlich des Main-Donau-Kanals und endet etwa 860 m nördlich hiervon. Im Bereich des Brückenbauwerks entfällt gegenüber dem heutigen Zustand in jede Fahrtrichtung ein durchgehender Fahrstreifen. Die Richtungsfahrbahn der N 4 in Richtung Nürnberg-Innenstadt weist nach der Planung im Vorhabensbereich zwei Fahrstreifen auf. Für die Richtungsfahrbahn in Richtung Nürnberg-Hafen ist zwischen dem nördlichen Ende des vom Vorhaben betroffenen Abschnitts der Straße

bis zur Einmündung der Rampe West nur noch ein Fahrstreifen vorgesehen; südlich der Einmündung dieser Rampe sind zwei Fahrstreifen geplant.

Das im Bereich der von der Planung umfassten Straßenflächen anfallende Niederschlagswasser wird zukünftig größtenteils gefasst und mit Hilfe von Sedimentationsanlagen gereinigt, bevor es in den Schwarzengraben bzw. den Main-Donau-Kanal abgeleitet wird. Im Übrigen wird das anfallende Regenwasser vor Ort versickert.

Die Bauzeit des Vorhabens wird von der Vorhabensträgerin auf gut vier Jahre veranschlagt. Während der baulichen Abwicklung des Vorhabens sind nach den von der Vorhabensträgerin durchgeführten Untersuchungen Verkehrsverlagerungen innerhalb des städtischen Straßennetzes zu erwarten. Insgesamt wurden 37 Straßenabschnitte von der Vorhabensträgerin ermittelt, auf denen es bedingt durch die Bautätigkeiten zeitweilig zu Verkehrszunahmen kommen kann. Auf insgesamt 25 dieser Straßenabschnitte kommt es nach den Untersuchungen der Vorhabensträgerin für jeweils eine gewisse Zeit zu einer erstmaligen oder nochmals gesteigerten Überschreitung von Schwellenwerten, die die in der Rechtsprechung als Grenze der verfassungsrechtlichen Zumutbarkeitsschwelle bzgl. Lärmimmissionen angesehen werden.

Für das Bauvorhaben werden Grundstücke in den Gemarkungen Eibach und Gibitzenhof (Stadt Nürnberg) beansprucht. Eine naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme ist ca. 3 km vom Vorhabensstandort entfernt an der Wiener Straße (zwischen dem Hafen Nürnberg und dem Nürnberger Reichswald) geplant. Hierbei handelt es sich um eine Ökokontofläche der Stadt Nürnberg.

Die Planunterlagen (Zeichnungen und Erläuterungen) der Stadt Nürnberg (einschließlich der schon genannten Unterlagen) liegen in der Zeit vom

03.05.2022 bis 02.06.2022

bei der Stadt Nürnberg, Servicebetrieb Öffentlicher Raum, Sulzbacher Straße 2-6, 90489 Nürnberg, Zi. 103, 1.OG, während der Dienststunden am Montag, Dienstag und Donnerstag von 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr und am Mittwoch und Freitag von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Zur Wahrung des Gesundheitsschutzes sind bei der Einsichtnahme die geltenden infektionsschutzrechtlichen Maßgaben zu beachten. Die Unterlagen werden zudem im Internetauftritt der Regierung von Mittelfranken (www.regierung.mittelfranken.bayern.de) unter „Service“ > „Planfeststellung“ > „Planfeststellungsunterlagen“ veröffentlicht; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (Art. 27a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes – BayVwVfG). Der Inhalt dieser Bekanntmachung ist an der genannten Stelle des Internetauftritts der Regierung ebenso zugänglich.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung und der nach Art. 78a BayVwVfG i. V. m. § 19 Abs. 2 UVPG auszulegenden Unterlagen ist zusätzlich über das zentrale Internetportal (Art. 78a BayVwVfG i. V. m. § 20 UVPG) zugänglich. Maßgeblich ist der Inhalt der ausgelegten Unterlagen (Art. 78a BayVwVfG i. V. m. § 20 Abs. 2 UVPG).

1. Jeder, dessen Belange durch das Bauvorhaben berührt werden, kann bis spätestens einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum **04.07.2022**, bei der Stadt Nürnberg, Servicebetrieb Öffentlicher Raum, Sulzbacher Straße 2-6, 90489 Nürnberg, oder bei der Regierung von Mittelfranken, Promenade 27, 91522 Ansbach, Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen und an die Adresse poststelle@reg-mfr.bayern.de zu übermitteln. **Einwendungen mit „konventioneller“ E-Mail ohne qualifizierte elektronische Signatur sind unwirksam.**

Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach Art. 74 BayVwVfG einzulegen, können bis zum Ablauf der genannten Frist zu dem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Einwendung bzw. Stellungnahme muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.

Nach Ablauf der genannten Frist sind alle Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, für das Verwaltungsverfahren ausgeschlossen (Art. 78a BayVwVfG i. V. m. § 21 Abs. 4 UVPfG). Dies gilt auch für Einwendungen und Stellungnahmen von Vereinigungen.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach Art. 74 BayVwVfG einzulegen, von der Auslegung des Plans.
3. Rechtzeitig erhobene Stellungnahmen und Einwendungen werden in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich bekannt gemacht wird. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben bzw. eine Stellungnahme abgegeben haben – bei gleichförmigen Einwendungen deren Vertreter – von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

7. Vom Beginn der Auslegung des Plans an treten die Anbaubeschränkungen nach Art. 23 bis 26 BayStrWG sowie die Veränderungssperre nach Art. 27b BayStrWG in Kraft.
8. Da für das Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, wird darauf hingewiesen, dass
 - die für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die Regierung von Mittelfranken ist,
 - über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
 - mit den ausgelegten Planunterlagen ein UVP-Bericht nach Art. 78a BayVwVfG i. V. m. § 16 UVPG vorgelegt wurde,
 - über die ausgelegten Unterlagen hinaus keine entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen der Behörde vorliegen und
 - die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß Art. 78a BayVwVfG i. V. m. § 18 UVPG ist.
9. Hinweis zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Auf Grund der seit dem 25.05.2018 anwendbaren DSGVO wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit im o. g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde (Regierung von Mittelfranken, Promenade 27, 91522 Ansbach, poststelle@reg-mfr.bayern.de; Datenschutzbeauftragter: Behördliche Datenschutzbeauftragte der Regierung von Mittelfranken, Promenade 27, 91522 Ansbach, datenschutzbeauftragte@reg-mfr.bayern.de) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an die Vorhabenträgerin und die von ihr beauftragten Büros zur Auswertung der Stellungnahmen weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 c) DSGVO. Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/datenschutz/index.html>.

Stadt Nürnberg
Servicebetrieb Öffentlicher Raum

Marco Daume
Technischer Werkleiter